

## **Antrag**

der Abgeordneten **Waldhäusl, Weiderbauer, Königsberger, Enzinger, Ing. Huber,**  
und **Landbauer**

betreffend: **Verhinderung eines vertragslosen Zustandes bei den  
Rettungstransporten 2014**

Wie in den Medien umfassend berichtet wurde, haben die Rettungsdienste ihre Verträge mit den Krankenkassen betreffend Krankentransporte mit Jahresende gekündigt, da die Tarife seit 2005 nicht mehr erhöht wurden. Dieser drohende vertragslose Zustand würde bedeuten, dass Krankentransporte in Zukunft vom Patienten selbst zu zahlen wären, Rückvergütungsmodalitäten sowie die Frage eines Selbstbehaltes sind noch ungeklärt.

Kommt es zu keiner Einigung bis Jahresende, wird ein Szenario schlagend, das zweifellos für große Verunsicherung bei den Patienten aber auch bei den Rettungsdiensten führen wird. D.h. Chaos für alle jene, die Hilfe geben und noch mehr Verwirrung und Verunsicherung bei jenen, die Hilfe brauchen. Auch Patientenanwalt Gerald Bachinger warnt in einem ORF-Interview vor einem „Schreckensszenario, weil dann bei bestimmten sozial benachteiligten Schichten, die ohnehin schon jeden Euro umdrehen müssen, möglicherweise Gedanken im Kopf sind, ob sie sich die Rettung noch leisten können bzw. selbst mit dem Auto ins Krankenhaus fahren sollen.“

Es ist kein Geheimnis, dass hinter den Institutionen Politiker stehen; ob bei den Krankenkassen oder den Rettungsdiensten, es sind schwarz/rote Politiker (teilweise im Ruhestand) von Land und Bund, die auf beiden Seiten Verantwortung tragen und durch ihre unkooperative Vorgehensweise eindeutig gegen das Allgemeinwohl und das Interesse der Bevölkerung agieren.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

**Antrag:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der NÖ Landtag fordert alle Verantwortlichen in der Politik, bei den Krankenkassen und den Rettungsdiensten auf, bis Jahresende 2013 jene Verträge abzuschließen, um gesicherte Rettungstransporte zu garantieren.
- 2) Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung, alles zu unternehmen und zu veranlassen, dass ein vertragsloser Zustand mit Beginn 2014 verhindert wird.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zuzuweisen, dass eine Behandlung am 5. Dezember 2013 möglich ist.